

Beziehungskrise? Bürger und ihre Demokratie in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und den USA

EXECUTIVE SUMMARY



More in
Common



Robert Bosch
Stiftung

Executive Summary

In zahlreichen westlichen Gesellschaften wächst die Sorge um die Zukunft der Demokratie. Neben dem bekannten Phänomen der Politikverdrossenheit lässt sich auch beobachten, wie das Vertrauen in Institutionen und demokratische Prozesse verloren geht. Gleichzeitig erstarken vielerorts gesellschaftliche Kräfte, die das politische System in seiner Gänze herausfordern.

Angesichts dieser Entwicklungen fragen sich zivilgesellschaftliche Akteure, wo Projekte und Formate ansetzen können, um die Demokratie wirkungsvoll zu stärken, wo es bisher Leerstellen gab und wer künftig besser erreicht werden sollte, wenn über Demokratie gesprochen wird.

Zunächst aber gilt es zu verstehen, was die Demokratie den Menschen aktuell bedeutet, welche Erwartungen sie an sie stellen und wie sie Politik und Gesellschaft erleben. Vor diesem Hintergrund haben sich die Robert Bosch Stiftung und die Initiative More in Common zu dieser anwendungsorientierten und länderübergreifenden Studie zusammengeschlossen. Mit einem eigens entwickelten methodischen Ansatz haben sie das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur Demokratie untersucht.

Mit Unterstützung der Meinungsforschungsinstitute YouGov und KANTAR wurden Anfang **2021 mehr als 10.000 Personen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und den USA zu ihren Demokratieeinstellungen und Erfahrungen mit Demokratie befragt**. Ziel war kein Ländervergleich, sondern im jeweiligen Länderkontext ein tiefgehendes Verständnis zu entwickeln, vor welchen Herausforderungen die dortige Demokratie steht.

Besonderer Fokus lag auf jenen Bevölkerungsgruppen, die weder zu den aktiven Verteidigern noch zu den Gegnern der Demokratie zählen.

Erkenntnis 1: Es gibt keinen Ruf nach Alternativen zur Demokratie

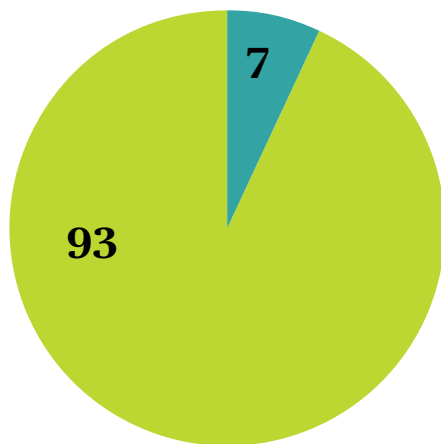
Die Studie zeigt: Die Idee der Demokratie als solche erfreut sich in der westlichen Welt großer Beliebtheit. **In allen fünf Ländern sagt die große Mehrheit der Menschen „Ja“ zu diesem Prinzip der Volksherrschaft.** Gleichzeitig bekennt sie sich zu den ganz grundsätzlichen gemeinsamen Werten wie Rechtsstaatlichkeit, freien Wahlen und Meinungsfreiheit. Das bedeutet auch, dass Gefahren für die Demokratie eher nicht aus einer „offenen“ Ablehnung dieser Regierungsform heraus entstehen.

Zustimmung zur Demokratie in Deutschland

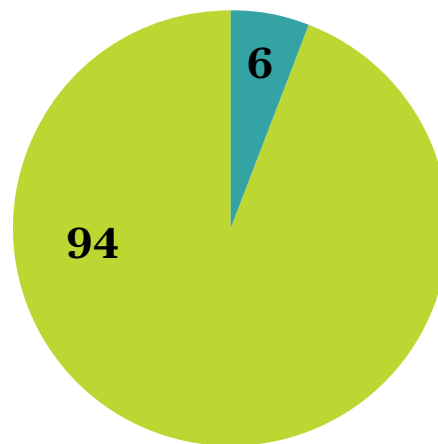
Die Idee der Demokratie wird sehr breit geteilt in Deutschland

Demokratie als Idee

Zustimmung in %



Wichtig, in Demokratie zu leben



■ Bin eher für die Idee der Demokratie ■ Bin eher gegen die Idee der Demokratie ■ Eher wichtig ■ Eher nicht wichtig

Fragen: Was würden Sie sagen: Sind Sie persönlich eher für die Idee der Demokratie, oder sind Sie eher gegen die Idee der Demokratie? Wie wichtig ist es für Sie persönlich, in einem Land zu leben, das demokratisch regiert wird? Quelle: More in Common (2021)

DEUTSCHLAND

Erkenntnis 2: Die Menschen haben unterschiedliche Vorstellungen davon, was Demokratie ausmacht und was sie erfüllen muss

Die Studie gibt dennoch keine Entwarnung, sondern offenbart sehr unterschiedliche Vorstellungen, Erwartungen und Erfahrungen im Hinblick auf Demokratie. Insbesondere das **Zusammenspiel zwischen demokratischen Idealvorstellungen und der Bewertung der „real existierenden Demokratie“** wirkt sich in allen betrachteten Gesellschaften auf das gesellschaftliche Miteinander aus. So reicht es beispielsweise nicht, auf der Ebene der ganz großen Begrifflichkeiten Halt zu machen, um die derzeitige Dynamik um die Demokratie in der westlichen Welt zu erfassen und Ansatzpunkte zu ihrer Stärkung zu finden.

Deutschland: Dissenspunkte im Demokratie-/Politikverständnis

Zustimmung zur
jeweiligen Aussage in %

| | | | |
|---|-----------|-----------|--|
| In der Politik geht es darum, unterschiedliche Meinungen und Interessen in Ausgleich zu bringen | 56 | 44 | In der Politik geht es darum, den Willen des Volkes umzusetzen |
| Die Demokratie ist nur dann eine gute Sache, wenn sie auch gute Ergebnisse für die Menschen im Land hervorbringt | 53 | 47 | Die Demokratie ist immer eine gute Sache, auch wenn sie einmal keine guten Ergebnisse für die Menschen im Land hervorbringt |
| Über wichtige Fragen sollten am besten die Bürger selbst abstimmen | 52 | 48 | Über wichtige Fragen sollten am besten die gewählten Volksvertreter entscheiden |

Frage: Welcher der folgenden Aussagen in Bezug auf Demokratie und Politik stimmen Sie jeweils eher zu?
Quelle: More in Common (2021)

DEUTSCHLAND

Erkenntnis 3: Demokratie „an sich“ reicht vielen Menschen nicht, sie koppeln Demokratiezufriedenheit an Ergebnisse

Spezifische Erwartungen an die Demokratie können Unmut und Verunsicherung hervorbringen, wenn sie aus Sicht der Menschen nicht eingelöst werden. Dies gilt in „materieller“ Hinsicht z. B. für Frankreich (wo der Staat einer umfassenden Gestaltungsrolle nachkommen soll), aber auch für Deutschland und Polen, wo viele Bürgerinnen und Bürger ebenfalls eine „kummernde“ Funktion des Staates voraussetzen. **Zufriedenheit mit Demokratie ist hier also immer auch eine Frage von greifbaren Ergebnissen, nicht nur von Prozessen und rechtlichen Prinzipien.** Nach diesem Verständnis muss das System „liefern“. Demokratiezufriedenheit oder -unzufriedenheit gilt es daher auch stets in diesem Kontext zu begreifen.

Frankreich: Demokratie beste Regierungsform, um ...

Angaben in %

... die Freiheiten der Einzelnen zu gewährleisten



... Minderheitenrechte zu gewährleisten



... die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu fördern



... die Sorgen aller Bürger anzugehen



... Gerechtigkeit zu gewährleisten



... soziale Ungleichheit zu verringern



... das Gemeinwohl vor Einzelinteressen zu fördern



... die Umwelt und Artenvielfalt zu schützen



... die Ordnung zu wahren



■ Ja, stimme voll und ganz zu
 ■ Ja, stimme eher zu
 ■ Nein, stimme eher nicht zu
 ■ Nein, stimme überhaupt nicht zu

Frage: Ist die Demokratie Ihrer Meinung nach die bestmögliche Regierungsform, um... ? Quelle: More in Common (2021).
 Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

FRANKREICH

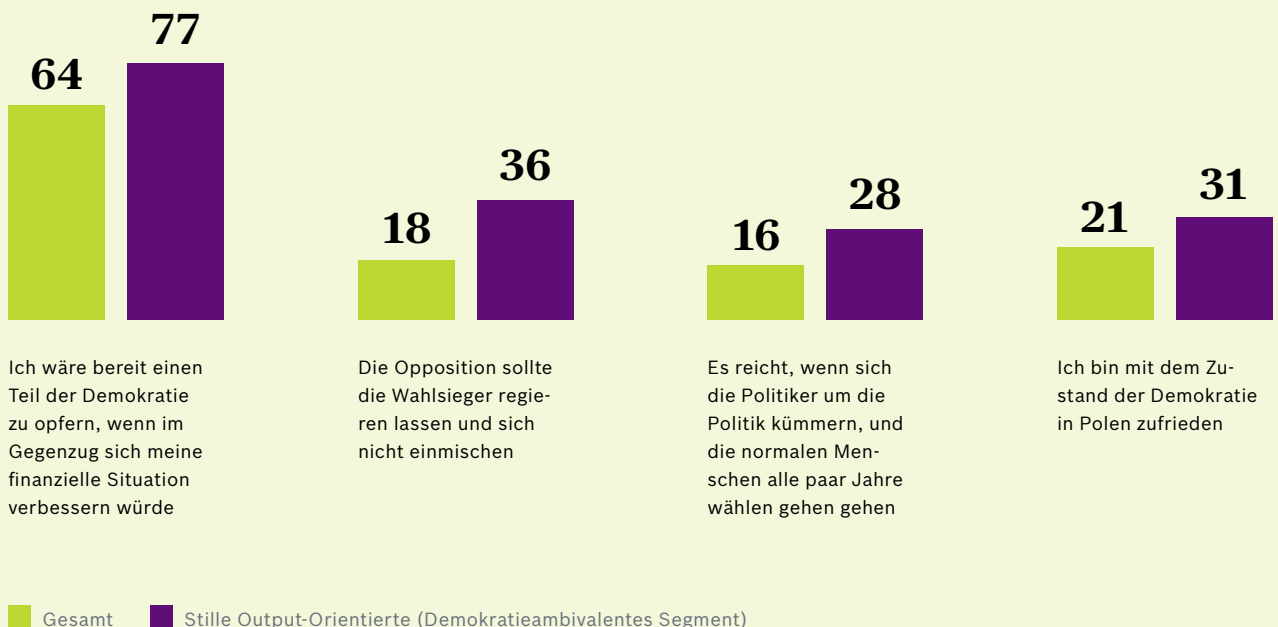
Erkenntnis 4: In allen fünf Ländern finden sich demokratieambivalente Gruppen, die besser adressiert werden müssen

Die Studie identifiziert in allen untersuchten Ländern Bevölkerungsgruppen, die kein gefestigtes Verhältnis zur Demokratie haben, ihr aber auch nicht ablehnend gegenüberstehen. Diese machen in Europa je nach Land 24 bis 51 Prozent der Bevölkerung aus. Sie fallen teils durch **normative Vagheit beziehungsweise lebensweltliche Ferne gegenüber der Demokratie** auf. Dies äußert sich in zufriedener Teilnahmslosigkeit oder in gefühlter Desorientierung, bis hin zu Sympathie für autoritäre Alternativen in verschiedenen Formen. Einige Menschen wiederum, **deren Ansprüche an den demokratischen Staat unerfüllt bleiben, wenden sich deshalb resignativ ab**. Für sie ist die demokratische Realität oftmals eine, in der sie nicht vorkommen und die ihre Bedürfnisse nicht erfüllt.

Diese festgestellte **Ambivalenz bestimmter Bevölkerungsteile wendet sich in Europa aber fast nie gegen den Begriff der Demokratie selbst, sondern zeigt ein geschwächtes Verhältnis zu demokratischen Normen oder ihrer gelebten Praxis an**. In den USA hingegen sehen wir primär eine Politisierung des Konzepts der Demokratie, die das Gespräch über normative Grundlagen und Präferenzen oft nahezu unmöglich macht. Diese Entwicklung grundsätzlich aufzuhalten, wird eine der Kernaufgaben auch in den anderen Ländern sein – vor allem in Polen, wo sie wesentlich im Gang scheint.

Demokratieambivalente Segmente am Beispiel Polen

Zustimmung in %



Fragen: Wären Sie bereit, einen Teil der Demokratie zu opfern, wenn im Gegenzug sich Ihre materielle Situation deutlich verbessern würde? Bitte markieren Sie auf einer Skala von 1 bis 6, welche der folgenden Aussagen Ihnen näher liegt (jeweils Gegensatzpaare). Sind Sie mit dem Zustand der Demokratie in Polen zufrieden? Quelle: More in Common (2021)

Erkenntnis 5: Vertrauens- und Diskurskrise prägt alle fünf Länder

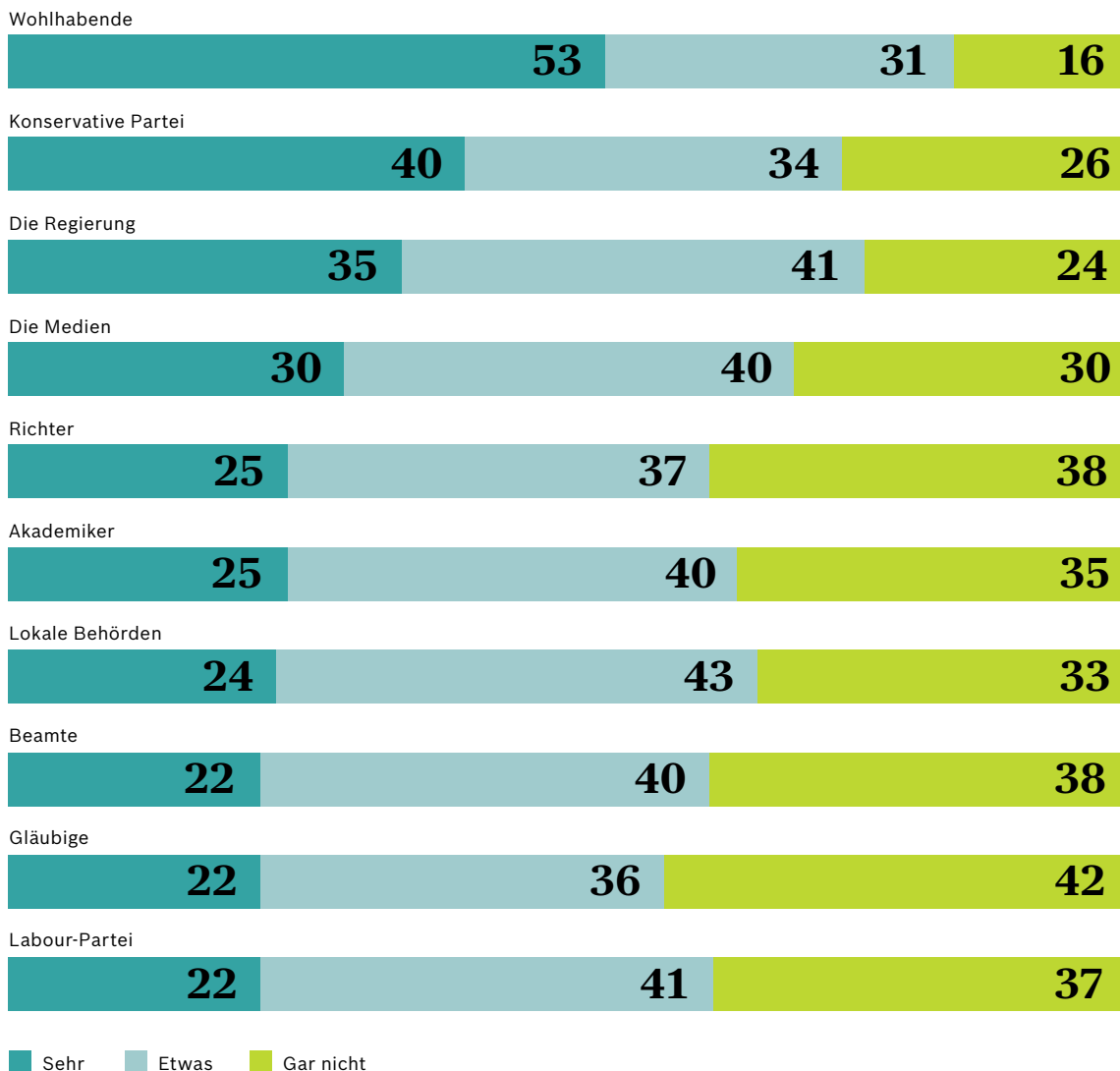
In allen fünf Ländern zeigt sich eine verbreitete Grundskepsis der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Entscheidungsträgern in der Politik und den Medien. Gerade nach Bewältigung der COVID-19-Pandemie wird die Stärkung des öffentlichen Vertrauens eine der drängendsten Aufgaben sein – insbesondere vor dem Hintergrund der Anschlussfähigkeit von Verschwörungserzählungen. In den USA und Polen zeigt sich zusätzlich **politisches Misstrauen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern selbst**. Die politischen Lager fühlen sich dort so weit voneinander entfremdet, dass sie bereit sind, einander demokratieschädliche Absichten zu unterstellen.

Eng damit verbunden ist das übergreifende Motiv einer **Diskurskrise** in der Demokratie. In den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger leidet aktuell die Fähigkeit, miteinander zu sprechen. Besonders augenfällig ist der Befund in den USA, aber auch in Europa treibt viele Menschen das „zunehmend Hassgefüllte“ im erlebten Gesprächston und im persönlichen Austausch um.

Großbritannien: Empfundene Verachtung durch Eliten

Briten glauben, dass viele Akteure in der Demokratie auf sie herabschauen

Angaben in %



Frage: Inwieweit haben Sie das Gefühl, dass Menschen aus den folgenden Gruppen auf Menschen wie Sie herabschauen?

Quelle: More in Common (2021)

Empfehlungen

Die Studienergebnisse zeigen: Die Zukunft der Demokratie lässt sich nicht hinreichend sichern, wenn sie sich nur auf einen Teil engagierter Demokraten stützt. **Es müssen auch diejenigen erreicht werden, die aktuell vielleicht keine aktiven oder lautstarken Unterstützer, aber eben auch keine Gegner der Demokratie sind.** Denn auch in Gesellschaften mit langer demokratischer Tradition gibt es Menschen, die der Demokratie nicht nahe stehen oder von ihr enttäuscht sind, die nicht wählen und nicht gut in politische Prozesse eingebunden sind. So entsteht eine Art Teufelskreis: Weil politische Akteure mit diesen Menschen nicht oft genug in Kontakt kommen, wissen sie ihrerseits zu wenig über sie und tun sich in ihrer Ansprache schwer. Diese Studie liefert für das Verständnis und die Ansprache dieser demokratieambivalenten Gruppen eine erste Evidenzgrundlage.

Eines zeigt sich ebenso deutlich: Demokratie ist vielen Menschen wichtig, aber zugleich auch ein Konzept mit vielen Facetten. In der Studie werden unterschiedliche Erwartungen, Erfahrungen und Bedürfnisse der Menschen im Hinblick auf Demokratie sichtbar. Das bietet neue Ansätze für zivilgesellschaftliches Kommunizieren und Handeln und auch politische Akteure müssen sich direkt der Vertrauenskrise stellen. Das gilt insbesondere für den Austausch mit ambivalenten Bevölkerungsgruppen, deren Perspektive auf Demokratie auf ganz eigenen Prämissen beruht – und sicherlich auch von der Sichtweise vieler politisch Engagierter abweicht.

Die Ergebnisse zeigen außerdem: Es muss nicht immer plakativ Demokratiestärkung draufstehen, wo Demokratiestärkung drin ist. Auch der gesellschaftliche Einsatz für gute Ergebnisse, zum Beispiel gegen Ungleichheit und für gesellschaftliche Anerkennung verschiedener Gruppen, ist sehr wohl eine entscheidende Facette von Demokratietarbeit.

Es gibt zu denken, dass viele Menschen das Gefühl äußern, nicht gehört zu werden. Neben einer besseren politischen Kommunikation liegen deshalb die Stärkung und Neuausrichtung demokratischer Beteiligungs- und Begegnungsformate nahe. Hier muss darauf geachtet werden, dass durch eine niedrigschwellige Ansprache und passende Anreize vorhandene Teilnahmehürden abgebaut werden und so besonders diejenigen Gruppen erreicht werden, die weniger intrinsisch als andere zur politischen Deliberation neigen.

So manches werteorientierte Format der Demokratietarbeit dürfte momentan an den ambivalenten Gruppen vorbeiziehen, weil der „Bezug“ zu den Menschen fehlt, die derzeit kein Vertrauen in Politik haben. Anstatt andere aus dem Stand von der liberalen Demokratie „überzeugen“ zu wollen, gibt es auf verschiedenen Ebenen Bedarf zur Beziehungsarbeit. **„Beziehungsarbeit, nicht nur Wertearbeit“** könnte das Motto heißen, wenn es darum geht, größere Teile der Bevölkerung anzusprechen und damit das demokratische Fundament zu stärken. Themen wie die Vermittlung von Demokratiekompetenzen, Beteiligung, Vertrauensstärkung oder Diskursverbesserung gilt es vor diesem Hintergrund neu zu denken.

Zusammenfassung der Erkenntnisse je Land

In **Deutschland** gibt es ein starkes, aus der Geschichte gewachsenes Bekenntnis zur Demokratie. Die Menschen haben viele Verfassungsgrundsätze verinnerlicht und zeigen reife demokratische Reflexe. Bei aller Solidität, auf die man in Deutschland bekanntlich baut, besteht jedoch unterschwellig eine Vertrauenskrise zwischen Bürgern und Politik; das System liefert in den Augen vieler Menschen nicht ausreichend und hört nicht aufmerksam genug zu. Eliten- und Medienkritik ist breit anschlussfähig. In dieser Gemengelage treten unterschiedliche Definitionen davon, was Demokratie eigentlich ist und soll, stärker zutage – man redet teils aneinander vorbei, während man vermeintlich dasselbe meint. Unterschiedliche Vertretungsansprüche werden artikuliert, um sich zu den „eigentlichen Demokraten“ zu erklären.

In **Frankreich** schwelt eine Krise des politischen Systems, das seit jeher den hohen Anspruch einer gestaltenden Staatlichkeit („Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“) erfüllen soll – dies aber derzeit in den Augen der Menschen nur sehr unzureichend tut. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang eine in der kollektiven französischen Vorstellung verankerte Offenheit für eine starke, im Zweifel auch autoritär gefärbte Führung, die das System erneuert; und das, während die Bürgerinnen und Bürger sich im selben Atemzug mehr Mitsprache wünschen. Diese besondere französische Gemengelage aus fordernder Systemkritik, vertikalem Führungsbedürfnis und republikanischem Selbstbewusstsein macht das Land anfällig für politische Verwerfungen.

In **Großbritannien** bauen die Menschen auf eine gefestigte Demokratie und haben verlässliche demokratische Reflexe. Die Debatten rund um den Brexit haben zwar deutliche Spuren hinterlassen und Ressentiments geschürt – von einer durchgängigen Polarisierung der Gesellschaft, wie oft berichtet, kann allerdings so nicht die Rede sein. Vielmehr leiden viele Menschen an Frustration und Ohnmachtsgefühlen gegenüber politischen Eliten, die in ihren Augen zu wenig auf die Meinung der Bürgerinnen und Bürger geben und keine ausreichenden Ergebnisse erzielen. Auch den Medien stehen die Menschen häufig skeptisch gegenüber. Es geht in Großbritannien also in erster Linie um die Neubegründung von Vertrauen und die „Reparatur“ des Verhältnisses zwischen Bürgern und Politik.

Auch die Menschen in **Polen** bekennen sich zur Regierungsform der Demokratie. Allerdings leidet der Diskurs im Land unter einem Mangel an Kompromissfähigkeit und bürgerschaftlicher Konfliktlösung. So wird die Demokratie häufig durch die parteipolitische Brille betrachtet: In den Augen vieler Polen geht es vor allem dann demokratisch zu, wenn die eigene Kraft an der Macht ist. Zudem hat es die polnische liberale Demokratie noch nicht ausreichend geschafft, „ergebnisorientierte“ Bürgerinnen und Bürger durch ein materielles Angebot sozialer Sicherheit an sich zu binden – hier liegt eines der Einfallstore für die polnische Regierung, die in den letzten Jahren systematisch den Rechtsstaat unterhöhlt hat und trotzdem auf breite Unterstützung zählen konnte.

Die **USA** können als eine der wesentlichen Wiegen der westlichen Demokratie gelten – in der kollektiven Vorstellung ihrer Bürgerinnen und Bürger gibt es keine Alternative zu dieser Regierungsform, man bekennt sich per Definition zu ihr. Das Problem der amerikanischen Demokratie, das angesichts der letzten Jahre nicht zu leugnen ist, ist also nicht eine Beliebigkeit gegenüber der Regierungsform, sondern ein außergewöhnliches und toxisches Maß an politischer Polarisierung. Das Verhältnis zwischen den Lagern ist so belastet, dass man einander das Schlimmste zu unterstellen bereit ist. In diesem Sinne werfen beide Seiten jeweils der anderen vor, die Demokratie zu unterwandern. Die schrillsten Stimmen erhalten dabei jeweils viel Raum. So erleidet die gemeinsame Sache – die Republik – großen Schaden.

Freie Meinungsäußerung in den USA

Die Präsidentschaftswahlen 2020 und ihre Folgen haben die Einschätzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung deutlich beeinflusst, insbesondere unter Konservativen

Angaben in %

„Es gibt ... Meinungsfreiheit“

Gesamt



Demokraten



Republikaner



Unabhängige



Vor der Wahl

Gesamt



Demokraten



Republikaner



Unabhängige



Nach der Wahl

■ Zu wenig ■ Genau richtig ■ Zu viel

Frage: Glauben Sie, dass wir heutzutage in den USA zu wenig, genau das richtige Ausmaß oder zu viel Meinungsfreiheit haben?

Quelle: More in Common (November 2020; März 2021). Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

USA

Die **Robert Bosch Stiftung** ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Europa. Sie arbeitet in den Fördergebieten Gesundheit, Bildung und Globale Fragen. Mit ihrer gemeinnützigen Tätigkeit trägt sie zur Entwicklung tragfähiger Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen bei. Dazu setzt sie eigene Projekte um, geht Allianzen mit Partnern ein und fördert Initiativen Dritter.

More in Common ist eine Initiative für gesellschaftlichen Zusammenhalt, mit Teams in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA. Seit 2017 haben wir Tausende von Menschen zu ihrem gesellschaftlichen Erleben befragt, ihnen in Fokusgruppen zugehört und in praktischen Projekten und Studien viel dazu gelernt, was Polarisierung und gesellschaftliche Spaltungsdynamiken befeuert. Dabei war und ist das Thema Demokratie allgegenwärtig: Wir sehen, wie wichtig eine funktionsfähige Demokratie für den Zusammenhalt ist, (und andersherum) aber auch, dass die Menschen durchaus unterschiedliche Vorstellungen mit der Demokratie verbinden.

